

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magasinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textiltagis Berlin

Bereizelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm, Berlin D 27
Magasinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post. Preis jährlich 6 RM.
Anzeigenpreis 2 Mark für die sechsgelapene Seite

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Zur Gewerbehygiene des Baumwollspinnereiberufs. — Was tut not? — Zur Frage der Erwerbslosenfürsorge. — Was bedeuten die Reichstagswahlen für die Wirtschaft und Sozialpolitik? — Republik und Demokratie sichern den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands. — Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ und die Reichstagswahl. — Aus dem Arbeitgeberlager. — Beschäftigung in der Krefelder Textilindustrie. — Frauen-, Jugend- und Betriebsräte. — Die sächsischen Instruktionen und die Frage der Arbeitszeit bzw. der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. — Gau Liegnitz. — Unfallverhütungpropaganda durch das Bild. — Aus der Partei der Wirrtöpfe. — Verächtigung. — Verichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen.

Beschaffenheit der zu atmenden schwülen staubigen Luft, zu einer flachen Atmung und damit, zumal bei machendem Organismus, zu einer erst funktionellen, dann anatomischen Veränderung des Brustkorbs. Nicht ererbte Eigenschaften bedingen die gesundheitlichen Unterschiede zwischen Bauern und Spinnereiarbeitern, sondern Berufseinflüsse. Die sozialen Verhältnisse und das Vorherrschende der Frauenarbeit in den Baumwollspinnereien übt gleichfalls eine ungünstige Wirkung auf den Beruf's solchen aus. Die beträchtlichen Unterschiede, die zwischen ländlichen und städtischen Arbeitern zuzunehmen der letzteren bestehen, sind in erster Linie auf die sozialen Verhältnisse zurückzuführen.

hebung sorgen. Es darf deshalb nicht der Erfolg oder Misserfolg einer Lohnbewegung für die Verbandszugehörigkeit entscheidend sein, sondern der Wille, im Rahmen der Organisation der gesamten Arbeiterklasse und im weiteren Sinne der gesamten Menschheit und dem Kulturfortschritt zu dienen. Unsere Mitglieder müssen deshalb von hohem Idealismus besetzt sein, um durch ihre Zugehörigkeit und durch ihre Tätigkeit innerhalb der Organisation der Gesamtheit zu dienen. Die Unterordnung der persönlichen Interessen dem Gesamtinteresse ist die wichtigste Voraussetzung. Nur dann ist ein erfolgreiches Wirken der Organisation gewährleistet.

Diese kurzen Auszüge aus der Schrift Dr. Schmidts, die von unschätzbarem Wert ist, mögen genügen. Wir empfehlen allen Organisationen und Ortsvereinigungen, in deren Bereich Baumwollspinnereien vorhanden sind, recht angelegentlich die vorstehend besprochene Schrift zur Anschaffung, sie werden beim Lesen derselben viele brauchbare Anregungen erhalten.

Die hohen kulturellen Aufgaben, die durch die gegenseitige solidarische Verbundenheit der Mitglieder in sich selbst wirken, die Bestrebungen der Arbeiterschaft zu einer bewußt denkend handelnden Masse zu erziehen, die Staat und Wirtschaft in ihrem Sinne zu beeinflussen versucht und die letzten Endes das hohe Ziel, die Befreiung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen sich zum Ziel gesetzt haben, müssen die Massen an die Organisation fesseln. Voraussetzung hierzu ist, die Bedienung der Erkenntnis über die in Staat und Wirtschaft wirkenden Kräfte zu fördern. Die Pflege der geistigen und ideellen Bestrebungen der Gewerkschaften muß mehr in den Vordergrund unserer Tätigkeit gestellt werden. Die geistige Verbundenheit und eine gesunde geistige Einstellung der Mitglieder geben der Organisation erst das feste Fundament, auf welchem sie ihre hohen Aufgaben erfüllen kann. Sie bewahrt aber auch die Organisation vor Rückschlägen, wie wir sie in dem letzten Jahr erlitten haben.

Zur Gewerbehygiene des Baumwollspinnereiberufs.

Zur Gewerbehygiene des Baumwollspinnereiberufs von Dr. Ludwig Schmidt, Hygienisches Institut Freiburg i. Br. Archiv für Hygiene, Bd. 94. Die 135 Seiten starke Schrift enthält wertvolles Material über die Gesundheitsverhältnisse der in den Baumwollspinnereien des bayerischen Wiesentales beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Dieses Material ist durch eingehende Untersuchungen, die ungefähr zwei Jahre in Anspruch nahmen, mühsam zusammengetragen worden. Im ersten Jahre (1922) wurden sämtliche Baumwollspinnereien des Wiesentales beschäftigt und dabei das Hauptaugenmerk auf ihre hygienisch wichtigen Einrichtungen sowie auf die Arbeiterwohnungen gerichtet; dann wurde an Hand der Krankenkassenbücher eine Morbiditäts-Statistik aufgestellt. Im zweiten Jahre (1923) wurden Untersuchungen an Arbeitern und Arbeiterinnen in einer städtischen und einer ländlichen Spinnerei vorgenommen. Dabei wurden die gesamten sozialen Verhältnisse, sowie die Körpermaße der Arbeiter beachtet. Um mit den so gewonnenen Ergebnissen Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen, wurden noch Körpermessungen an Bauern derselben Gegend ausgeführt.

Was tut not?

Der Geschäftsgang in der Textilindustrie hat sich gebessert. Die Organisation beschreut wieder neues Leben. Der Tiefstand ist überwunden es geht wieder aufwärts. Die alles niederdrückende Inflation und die durch diese herbeigeführte Krise hat sich in der Textilindustrie in der schlimmsten Weise ausgewirkt. Dreiviertel aller Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen waren zur Kurzarbeit verdammt. Tausende und Abertausende waren überhaut arbeitslos. Noch heute ist die Textilindustrie nur teilweise beschäftigt, und die Zahl der Arbeitslosen ist noch erschreckend groß. Aber immerhin, seit über einem Monat geht es wieder aufwärts. Daß unter diesen Verhältnissen die Organisation schwer gelitten hat, bedarf keiner Frage. Die Aktionskraft der Organisation war geschwächt, ihre Tätigkeit blieb beschränkt und nur auf die Durchführung von Lohnbewegungen gerichtet. Mehr jedoch als durch die Inflation und deren Auswirkung ist die Organisation durch die zerkleinernde Tätigkeit der Kommunisten geschädigt worden. Durch den Niedbruch der Wirtschaft und der sich daraus ergebenden Arbeitslosigkeit ist es ihnen leicht gemacht worden, die notleidenden Arbeiterrassen für ihre putschistischen Ziele einzufangen. Die Arbeitslosen verlangten in ihrer Not nach schneller Hilfe. Die Kommunisten versprachen: heute noch, morgen oder übermorgen ist die Not a bannt, kommt zu uns und werdet Kommunisten. Es ist eine alte Erfahrung, daß in Not Befindliche sehr häufig auf Versprechungen politischer Hochstapler hereinfallen, um letzten Endes doch wahrnehmen zu müssen, daß diese ihnen nicht helfen konnten und nicht helfen wollten. Sie mußten einsehen, daß sie die Opfer gewissenloser politischer Phrasen geworden waren.

Nützen wir deshalb die langen Herbst- und Winterabende für die Wiederaufbauarbeit aus. Versuchen wir ein festeres geistiges Band um unsere Mitglieder zu schlingen. Es wird gelingen, wenn alle Kräfte sich bei dieser Arbeit der Organisation zur Verfügung stellen.

Zur Frage der Erwerbslosenfürsorge.

Die Auflösung des preussischen Landtages hat es verhindert, bei dem gerade zur Beratung stehenden Haushalt des Ministeriums für Volkswirtschaft einen Vorstoß zur Reform der Erwerbslosenfürsorge zu machen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte zu dem Zwecke folgenden Antrag eingebracht:

Wie Dr. Schmidt in seiner Schrift einleitend hervorhebt, ist die gewerbehygienische Beurteilung des Baumwollspinnereiberufs keine einheitliche. Die Gesundheitsverhältnisse werden günstig, häufiger ungünstig gefunden; als Gründe für die vermehrte Krankheitshäufigkeit gelten die Schädlichkeit des erzeigten Baumwollstaubes, die ungünstigen sozialen Verhältnisse und auch angeborene Minderwertigkeit der Arbeiter. Um die gesundheitlichen Verhältnisse der Baumwollspinnereiarbeiter samt ihrer ursächlichen Verknüpfung erneut zu prüfen, hat Dr. Schmidt seine streng wissenschaftlichen Untersuchungen durchgeführt.

„Der Landtag ersucht das Staatsministerium, bei der Reichsregierung und im Reichsrat auf das Zustandekommen einer Erwerbslosenversicherung zu dringen.“

Als Ergebnis der sehr eingehenden Untersuchungen ist festgestellt worden, daß Gesundheitsverhältnisse, Wachstum, Körpergröße, Brustumfang in der Atempause, Crismann-Index, Oberarmumfang und Gewicht der Spinnereiarbeiter im Verhältnis zu den untersuchten Bauern recht ungünstig sind. Verdächtige Lungenbefunde waren bei den Arbeitern der städtischen Spinnerei häufiger zu beobachten als bei den in der ländlichen Spinnerei Beschäftigten, obgleich der Landbezirk, in dem die letztere liegt, mit Lungen tuberkulose stärker durchsetzt ist, als der städtische Bezirk. Dr. Schmidt sucht diese großen Unterschiede dadurch zu erklären, daß in der Stadt die tüchtigen Arbeiter nicht in der Spinnerei arbeiten, während auf dem Dorf keine Arbeitsauswahl stattfindet, weil es dort nur die eine Fabrik gibt. Wenn die angestellten Untersuchungen nicht noch günstigere Gesundheitsverhältnisse für die Landbevölkerung ergeben haben, so ist das darauf zurückzuführen, daß viele Bauernhäuser dieses Bezirks direkt als Schwindsuchtsnester bezeichnet werden müssen. Trotzdem erreichen die Landwirte gegenüber den Spinnereiarbeitern ein wesentlich höheres Lebensalter.

Bis zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes ist auf schleunige Bildung einer Reichsgefahrengemeinschaft hinzuwirken.

Außerst interessant sind die Feststellungen Dr. Schmidts, daß die Arbeit in den Baumwollspinnereien die körperliche Entwicklung und die Gesundheitsverhältnisse der Spinnereiarbeiter außerst ungünstig beeinflusst. Diese ungünstige Wirkung wird hervorgerufen durch den hohen Staubgehalt der Luft und die in den Arbeitsräumen herrschende hohe Temperatur und Feuchtigkeit. Hinzu kommt, daß die in den Arbeitsräumen vorhandene drückende Luft noch von einem Delgeruch durchsetzt wird, an dem die Arbeiter selbst im Freien noch auf beträchtliche Entfernungen erkannt werden können. Da in einer solchen Luft auch der daran gewöhnte Arbeiter nur oberflächlich atmet, so ist hierin mit ein Grund für die ungünstigen Gesundheitsverhältnisse der Spinnereiarbeiter zu erblicken.

Um für Preußen einen volkswirtschaftlich gesünderen und zweckmäßigeren Ausgleich der durch die Erwerbslosenfürsorge entstehenden Kosten herbeizuführen, als dies nach der Verordnung des preussischen Ministers für Volkswirtschaft vom 18. August d. J. möglich ist, muß der Kostenausgleich mindestens innerhalb des Bereichs eines Landesarbeitsamts resp. einer Provinz durch Festsetzung einheitlicher Beitragssätze erfolgen.“

Die Folgen und Forderungen, die Dr. Schmidt aus Anlaß des Ergebnisses seiner Untersuchungen erhebt, werden auch von uns rückhaltlos anerkannt. So betont er u. a., daß bei der Anlage der Betriebe eine größere Dezentralisierung angestrebt werden muß, weil dadurch die Ausbreitung der Tuberkulose verhindert werden kann. Damit es aber für einen Teil der Bevölkerung des Wiesentals nicht immer Schicksal bleibt, Spinnereiarbeiter werden zu müssen, muß es Aufgabe ärztlicher Berufsberatung sein, die Berufswahl zu fördern und eine Arbeiterauslese für die einzelnen Berufszweige zu ermöglichen. Weiter fordert Dr. Schmidt, daß der Fabrikhygiene größte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Zur Vermeidung der Staubgefahr müssen die in jetzt recht wirksamer Form gelieferten Abzugsvorrichtungen überall eingeführt werden. Weiter muß für gute Lüftung der Arbeitsräume gesorgt werden.

Unmittelbar vor der Beratung des Antrages wurde der Landtag aufgelöst.

Den Berufsorganisationen und Betriebsvertretungen werden von Dr. Schmidt Aufgaben zugewiesen, die sie ohnehin zu erfüllen bemüht sind. Leider verhindert die Einkichtslosigkeit der Unternehmer eine vernünftige Lohnpolitik, so daß die Arbeitgeber letzten Endes die ganze Schuld an der ungünstigen Gesamtlebenshaltung der Spinnereiarbeiter tragen. Die körperliche Erziehung der Spinnereiarbeiter durch sportliche Betätigung anzustreben, ist zweifellos wünschenswert. Abzulehnen ist jedoch die Absicht Dr. Schmidts, wenn er sagt, daß die Pflege des Sports bzw. die Einrichtung der Pflichtturnstunden in der Fortbildungsschule hauptsächlich zu verlangen sei, weil die Militärdienstpflicht in Fortfall gekommen ist. Die körperliche Erziehung der Industriearbeiter, deren dauernd einseitigen Arbeitsvorrichtungen die Muskelbildung und Kräftigung des Körpers verhindern, ist im Interesse der Erhaltung der Volksgesundheit unbedingt durchzuführen.

Die Mittel für die Unterstüfung der Erwerbslosen werden zurzeit fast ausschließlich durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgebracht. Aus den durch Beiträge beschafften Mitteln werden zwei Drittel der Kosten der Arbeitsnachweise gedeckt und acht Neunel der Kosten der Erwerbslosenunterstüfung. Die Fehlbeiträge decken Gemeinden, Länder und Reich.

Wenn Dr. Schmidt dann noch, das Ergebnis seiner Untersuchungen zusammenfassend, sagt: Der Beruf eines Baumwollspinnereiarbeiters bringt Schädigungen mit sich, die die Gesamtkonstitution des Arbeiters schwächen, daß dem Baumwollstaub als krankmachenden Faktor eine gewisse Rolle zukommt, daß jedoch von weit größerer Bedeutung ist, daß die Gesamtheit der Arbeit die volle Entfaltung der Abwehrbereitschaft des Organismus gegen Schädigungen von außen hemmt, so ist dem nur zuzustimmen. Da die Arbeitsverrichtungen in den Spinnereibetrieben durch Stehen und Gehen zwar ermüden, aber nicht eigentlich muskelbildend wirken, führt das dadurch bedingte Fehlen von Reizen auf Stoff- und Kraftwechsel, verstärkt durch die

Die ganze Tätigkeit der Kommunisten war darauf eingestellt, die Gewerkschaften zu unterminieren, sie zu erobern, um sie der kommunistischen Partei unterstellen zu können. Die Mittel, die sie anwandten, mußten notwendigerweise eine Schwächung und Zerkleinerung innerhalb der Gewerkschaft herbeiführen. Jede gewerkschaftliche Tätigkeit wurde systematisch gestört. Jede organisatorische Maßnahme wurde zum Scheitern gebracht, wenn dazu die Möglichkeit gegeben war. Jede Bildungstätigkeit, die im Interesse der Organisation notwendig war, um die nach dem Krieg in den Textilarbeiterverbänden eingetretenen Arbeiterrassen gewerkschaftlich zu schulen und zu erziehen, wurde unmöglich gemacht. Durch fortgesetzte Kampf- und Generalstreikaktionen wurde jeder einheitlich, organisatorisch, systematisch geführte Lohnkampf illusorisch gemacht. Die Gewerkschaftsführer und die aus der alten Schule der Gewerkschaft hervorgegangenen Funktionäre wurden in der unflätigsten Weise beschimpft von Leuten, die nicht die geringsten Kenntnisse über Wirtschaft und Zweck der Gewerkschaftsbewegung und den wirtschaftlichen Machtfaktoren besaßen. Versammlungen und Sitzungen wurden zum Tummelplatz roher kommunistischer Ausschreitungen.

Der Bedarf an Mitteln ist nicht in allen Wirtschaftsgebieten der gleiche. Aus diesem Grunde haben Bayern, Sachsen, Thüringen und Baden Gelegenheiten zur Unterstüfung der Orte mit großer Arbeitslosigkeit durch Orte mit guter Konjunktur vorgesehen. In Preußen war dies nicht der Fall. Dort hatte bis vor kurzem jeder Ort für sich zu sorgen. Die Folge war, daß Orte mit guter Konjunktur mit niedrigen Beiträgen auskommen konnten und noch Ueberflüsse erzielten, während in Orten mit großer Arbeitslosigkeit die höchstzulässigen Beiträge erhoben werden mußten, nämlich 3 Proz. vom Grundlohn und doch bei der Beurteilung der Frage, ob bei dem einzelnen Erwerbslosen Bedürftigkeit vorliegt, die bekanntlich Voraussetzung für den Bezug der Unterstüfung ist, ein strenger Maßstab angelegt wurde, weil eben nicht genügend Mittel zur Unterstüfung vorhanden waren.

Durch festes Zugreifen des Verbandsvorstandes und der einzelnen Filialleitungen wurde diese verbroderliche Tätigkeit unterbunden. Es ist wiederum die Möglichkeit gegeben, eine erprobte agitatorische und erzieherische, auf gewerkschaftliche Erkenntnis beruhende Tätigkeit zu leisten. Die aufsteigende Konjunktur begünstigt diese Tätigkeit und macht sie erfolgversprechend. Es ist deshalb dringende Pflicht, daß in allen Filialen des Verbandes die Arbeit, die durch die oben bezeichneten Umstände jahrelang liegen geblieben ist, mit erneuter Kraft und Energie wieder aufgenommen wird.

Die Erfahrungen mit einer Erwerbslosenfürsorge nach diesen Grundsätzen drängen zu einer Reform. Selbst der Reichsarbeitsminister sah ein, daß es so wie bisher nicht weitergeht. Er war bereit, eine Reichsgefahrengemeinschaft zu schaffen, um innerhalb des ganzen Reichs einen Ausgleich zwischen den Orten mit geringer und großer Arbeitslosigkeit herbeizuführen zu können. Er war auch bereit, die Forderung der Gewerkschaften zu erfüllen, und eine Erwerbslosenversicherung der Gefahrengemeinschaft in Vorschlag zu bringen, die dem unhaltbaren Zustand ein Ende macht, daß den Arbeitern und Angestellten zwangsläufig Beiträge zur Unterstüfung Erwerbsloser vom Lohn abgezogen werden, daß ihnen trotzdem aber kein Rechtsanspruch auf Erwerbslosenunterstüfung zusteht.

Wir haben in der Nachkriegszeit hundertaufende neuer Mitglieder gewonnen, die mehr dem Instinkt als ihrer Ueberzeugung gefolgt sind, als sie dem Verband als Mitglied beitraten. Diese neuen Mitglieder haben wir nur zahlenmäßig durch die Organisation erfasst, aber nicht geistig. Sie auch geistig zu erfassen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, denn nur wenn diese Mitglieder auch geistig an die Organisation sich gebunden fühlen, wird es möglich sein, die Organisation entsprechend ihrer Stärke und Größe in den Gegenwarts-kämpfen einzusetzen. Pflicht aller Funktionäre ist es deshalb, daß in der Organisation, die in den letzten Jahren mehr und mehr zur Lohnbewegungsmaschine geworden war, eine erzieherische Arbeit geleistet wird, um die jungen Mitglieder mit Zweck und Wesen der Gewerkschaftsbewegung vertraut zu machen. Gerade in den letzten Jahren haben wir immer die bittere Wahrnehmung machen müssen, daß die neugewonnenen Mitglieder sehr leicht geneigt waren, die kommunistischen Parolen in sich aufzunehmen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß, wenn es uns in diesen Jahren möglich gewesen wäre, erzieherische Arbeit zu leisten und die Mitglieder mehr über Zweck und Wesen der Gewerkschaften sowie auch mit den in unserer Wirtschaft wirkenden Kräften vertraut zu machen, dann hätte die kommunistische Agitation nicht diesen ungeheuren Schaden in der Gewerkschaftsbewegung anrichten können. Der Umstand, daß wir im Laufe eines Jahres gegen 300 000 Mitglieder verloren haben, besagt genug. Es zeigt, daß diese Leute damals nur zu uns kamen, weil sie in der Organisation den Lohnbewegungsautomaten erblickten, den sie glauben benutzen zu müssen. Das rein Materielle überwucherte, und es muß uns mit Trauer erfüllen, daß wir um die verlorenen Dreihunderttausend kein festeres geistiges Band schlingen konnten. Die Draufgänger muß sich deshalb jetzt darauf einstellen, in viel stärkerer Maße als bisher für die geistige Erfassung der Mitglieder zu arbeiten. Um aber in dieser Richtung eine ersprießliche Arbeit leisten zu können, wird es notwendig sein, daß wir wieder alle Kräfte, die durch die Beschäftigung seitens der Kommunisten in den letzten Jahren beiseite getrieben sind, wieder heranziehen, um mit ihnen zusammen eine geistige Wiederaufbauarbeit zu vollziehen. Die Arbeit wird nicht leicht sein. Die kommunistische Phrasologie beherrscht noch große Massen der Arbeiterschaft, und gerade deshalb müssen wir das Verfallene schleunigst nachholen.

Diese Pläne sind durchkreuzt wurden durch eine Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers vom 18. August d. J., die am 1. September in Kraft getreten ist, und die starke Gefahrengemeinschaft hat bei den Gewerkschaften aller Richtungen, bei zahlreichen Vertretern von Gemeinden und bei Verwaltungsbehörden.

Die Gewerkschaft will nicht allein für die materielle Besserung ihrer Mitglieder, sondern gleichzeitig für die geistige und kulturelle

Die Arbeitgeber freilich sind mit der Verordnung einverstanden. Sie können auch einverstanden sein, denn die Verordnung bietet ihnen Sicherheit, daß in der maßgebenden Behörde im größten deutschen Freistaat die Absicht besteht, den gegenwärtigen Zustand aufrechtzuerhalten, daß zahlreiche Erwerbslose ohne Unterstüfung bleiben.

Ob die einzelnen Orte etwas erhalten, entscheidet lediglich der Konjunktursprünge. Die Verordnung scheidet hierbei jegliche Mitwirkung derjenigen aus, die die Beiträge aufbringen müssen. Ein Mitbestimmungsrecht ist diesen nur in dem Landesausgleich gegeben, der zur Beteiligung an den Arbeiten der Landesausgleichsstafte gebildet worden ist. Der Einfluß der dort ausgeübt werden kann, ist aber nur sehr gering. Die Vertreter der Beitragszahler erhalten in

der Praxis nur eine Uebersicht über die Mittel, die angefordert und bewilligt werden.

Ganz abgesehen davon, daß einige Bestimmungen der Verordnung mit dem Arbeitsnachweisgesetz nicht im Einklang stehen, also ungesetzlich sind (so die Bildung des Landesauschusses und die Uebersetzung des Rechts auf Festsetzung der Höhe des Ausgleichsbeitrages an den Ausschuß beim Landesarbeitsamt Brandenburg) ist die Verordnung auch ungewöhnlich und unzulässig und ungewöhnlich ist sie einmal, weil sie das Mitbestimmungsrecht der Beitragsräger ausschaltet und weil sie den bisherigen Zustand aufrecht erhält, daß die Orte mit großer Arbeitslosigkeit, also mit größter Arbeitsnot, die höchsten Beiträge erheben müssen.

Im Bezirk des Landesarbeitsamts Münster erheben z. B. nach Inkrafttreten der preußischen Verordnung von 59 Arbeitsnachweisbezirken 34 die höchstzulässigen Beiträge, also 3 Proz. vom Grundlohn; 9 Orte kommen mit 1 1/2 Proz. aus. Einige Orte erheben noch niedrigere Beiträge.

Die preußische Verordnung hält auch den Zustand aufrecht, daß bei Beurteilung der Frage, ob Bedürftigkeit des Erwerbslosen vorliegt, in den Orten mit größter Arbeitslosigkeit am rigorossten vorgegangen wird. Dadurch konzentriert sie die jetzt so häufige Praxis, die Erwerbslosigkeit zum Abbau der Löhne und der Sozialpolitik in den Betrieben auszunutzen, weil die Furcht vor Entlassung, mit der Aussicht, vielleicht noch einmal die geringe Erwerbslosenunterstützung zu erhalten, v. elen Arbeitern und Arbeiterinnen in den Betrieben größte Zurückhaltung auferlegt.

Selbst eine große Anzahl unterstützter Arbeitsloser stellt für die Arbeitnehmer in den Betrieben eine gefährliche Reservearmee dar; wieviel mehr diejenigen Männer und Frauen, die nicht unterstützt werden, obgleich sie arbeitslos sind, weil sie nicht als bedürftig angesehen werden oder weil ihre Arbeitslosigkeit nicht als eine Folge des Krieges anerkannt wird. Es sind Fälle bekannt geworden, wo die Unterstützung nach Anweisung verweigert wird, wenn Erwerbslose oder deren Ehefrauen ein Hausgrundstück oder mehr als einen halben Morgen Land besitzen, ferner, wenn sie ein Schwein gehalten haben, wenn die Frau durch Hausarbeit wenige Mark die Woche verdient, selbst wenn davon Mann, Frau und mehrere Kinder, von denen keins arbeitsfähig ist, leben müssen und zahlreiche Fälle ähnlicher Art.

Daß die Aufrechterhaltung eines solchen Zustandes den Unternehmern anzuwenden ist, kann man sich denken. Nicht zu verstehen aber ist, daß der preußische Wohlfahrtsminister die Hand dazu geboten hat. Er hat es getan durch die Verordnung, die in einer Zeit herausgekommen ist, als die Vorarbeiten für die Reichsgesetzgebung im Gange waren, so auf wie abgeschlossen waren. Das fordert um so mehr zur Kritik heraus.

Das Verhalten des preußischen Wohlfahrtsministers zeigt den Einfluß des organisierten Unternehmertums auf preußische Verwaltungsbehörden. Das organisierte Unternehmertum ist gegen eine Reform der Erwerbslosenfürsorge. Vor allen Dingen aber ist es gegen eine Erwerbslosenversicherung. Ein Vertreter der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände erklärte kürzlich in einer Sitzung: „Die deutsche Wirtschaft könne sich den Luxus einer Erwerbslosenversicherung nicht leisten.“

Auf die „Not der Wirtschaft“, die von Unternehmenseite immer angeführt wird, nimmt der preußische Wohlfahrtsminister Rücksicht, ohne zu bedenken, daß zur Wirtschaft auch die Arbeitnehmer gehören. Das Verhalten des preußischen Wohlfahrtsministers in der Frage der Erwerbslosenfürsorge ist um so unerständlicher in einer Zeit, in der die Verträge regierungsmäßig folgende Zuschrift erhalten haben:

„Im Laufe der letzten Monate haben sich die Fälle vermehrt, in denen besonders bei älteren Personen als Todesursache „Er-schöpfung, Entkräftung, Abmagerung, Schwäche, Inanition“ usw. angegeben wurde. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß wenigstens ein Teil der Fälle auf direkten Verhungern aus Nahrungsmangel als Folge wirtschaftlicher Not beruht.“ Die Verträge werden dann aufgeführt, die Rücksicht auf Angehörige der an Hunger Erkrankten fallen zu lassen und die wahre Todesursache anzugeben, um „damit dem Staate die Unterlagen zu liefern, um Maßnahmen zu treffen, die für das Allgemeinwohl von hygienischer Bedeutung sind.“

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Mehrzahl der durch Hunger zugrunde gehenden Menschen Erwerbslose sind.

Wenn die Not der Erwerbslosen in der gegenwärtigen Zeit auch nicht ganz beseitigt werden kann, so ist es doch möglich, sie zu lindern. Das wäre schon möglich, wenn durch Unterstützung der Orte mit großer Arbeitslosigkeit durch Orte mit günstigerer Kon-junktur den ersteren größere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das Verhalten des preußischen Wohlfahrtsministers hat diesem Streben ein starkes Hindernis bereitet. Dies durch Landtags-schluß zu ändern, ist durch die Auflösung des Landtages im Augenblick verhindert worden.

Nun aber haben die Wähler und Wählerinnen das Wort.

Die Wähler und Wählerinnen aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten müssen dahin wirken, daß im Reich und in Preußen durch Stärkung der sozialdemokratischen Partei der Einfluß der Gegner der Sozialpolitik ein für allemal geschwächt wird, der nach den Wahlen am 4. Mai an manchen Stellen sichtbar geworden ist. Auch die preußische Verordnung zur Erwerbslosenfürsorge zeigt uns, was wir zu erwarten haben, wenn die Gegner der Sozial-politik am 7. Dezember nicht empfindlich geschlagen werden.

Am 7. Dezember muß es deshalb für jeden Arbeiter und für jede Arbeiterin heißen:

Unsere Stimmen der Sozialdemokratischen Partei.

Gertrud Hanna.

Was bedeuten die Reichstagswahlen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik?

Große außen- und innenpolitische Entscheidungen hängen vom Ausgang der Wahlen ab. Außenpolitisch geht es um die friedliche Lösung der Reparationsfrage, innenpolitisch um die Republik. Die überragende Bedeutung des Wahlausganges am Scheideweg der deutschen Politik zwischen Krieg und Frieden, Monarchie oder Republik darf aber nicht die ungeheure Wichtigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen verdecken. Je größer die Notlage des Landes, um so mehr fühlen die einzelnen Volksklassen die Eingriffe des Staates, um so wichtiger ist es, wie diese ausfallen. Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens stehen grund-legende Änderungen bevor, deren Richtung vielfach vom Ausgang der Wahlen bestimmt sein wird.

Für die Produktions- und Preispolitik heißt es: Soll das Monopolkapital, sollen die Trusts und Kartelle unbehindert und ohne Kontrolle schalten und walten? Ein gewaltiger Zug zur Kartellierung hat schon neu begonnen, neue Kartelle in der Schwerindustrie, in der chemischen und der Textilindustrie sind im Entstehen begriffen. Ihr Zweck ist: geregelter Produktionsbeschränkung und Aus-schaltung der Preis Konkurrenz. Soll das Monopolkapital die Preise willkürlich diktieren? Betriebsabläufe nach Belieben durch-führen? Die Rechtsparteien als Vertreter des Kapitals werden dies nicht hindern. Zur Verbilligung der Lebenshaltung sind unter anderem Förderung der Einfuhr lebensnotwendiger Waren mit staatlicher Unterstützung, Förderung der Genossenschaften und ge-meinwirtschaftlicher Wirtschaften jeder Art nötig — welche Partei vertritt denn diese Forderungen? In enger Verbindung mit der Produktionspolitik kommt es bei der Handelspolitik darauf an, ob sie die Lebenshaltung im Inland und die Ausfuhr am Weltmarkt zu erleichtern vermag. Die Agrarzölle würden diese Hoffnungen zerschüttern, und nicht weniger die hohen Industriezölle. Sie würden die Lebenshaltungskosten erhöhen, die Volksgesundheit

untergraben, die Produktionskosten steigern und das Ausland zu Gegenmaßnahmen veranlassen, die der deutschen Ausfuhr abträglich sind. Sie gefährden den wirtschaftlichen Frieden und die Zu-sammenarbeit der Völker. Eine Rechtsregierung würde aber den Hochschulzoll einführen — sie würde den Interessen der Volksgemeinschaft und der Volkswirtschaft die einzelner mächtiger Gruppen vorziehen.

Im Geld- und Kreditwesen tut die Verhütung der Inflation und der Abbau der enormen Bankzinsen not. Wird die Leitung der Reichsbank gegenüber einseitigen landwirtschaftlichen Ansprüchen weiter Festigkeit bezeugen? Die Regierung der Deutschnationalen würde versuchen, die Reichsbank zu einer gefährlichen Inflation zu-gunsten des Großgrundbesitzes zu treiben. Der Staat könnte auf mannigfache Weise — durch Einschränkung auf die Reichsbank, durch Steuerpolitik und schließlich mit noch energiereicheren Mitteln — die Banken zur Verfolgung einer vernünftigen Zinspolitik zwingen. Welche Parteien werden sich dieser Aufgabe unterziehen? Die Auf-wertungsfrage ist noch ungelöst; wer soll die Vorteile der Aufwer-tung haben: der Kleinrentner oder die Reichen? Die bürgerlichen Parteien möchten sie den Starken, die Sozialdemokratie den Schwachen zuschanzen.

In der Finanzpolitik harret das Problem der Lastenverteilung der Lösung. Die Steuererhebung ist für die Lebenshaltung der großen Massen, darüber hinaus für die Produktions- und Konsum-politik von der größten Bedeutung. Vom Ausgang der Wahlen hängt es ab, ob das gegenwärtige ungerechte Steuerregime, das die Staatseinkommen überwiegend aus Verbrauchs-, Verkehrs- und Lohnsteuern aufbringt, beibehalten, ja zum Schaden der Bevöl-kerung verschärft wird, oder ob es einem anderen, das die großen Profite, das Vermögen, die Erbschaft, den Wertzuwachs des Bodens, die Grundrente zur Steuerleistung heranzieht, Platz machen soll.

Die Richtung der künftigen Sozialpolitik wird von den kommen-den Wahlen entscheidend beeinflusst. An der Spitze steht das Problem des Achtstundentages. Die Wahlen gelten der Rückeroberung dieser großen Errungenschaft der Nachkriegszeit. Aber auch die übrigen sozialpolitischen Tagesfragen werden je nach dem Ausgang der Wahlen beantwortet werden. Können die Unternehmer ihre be-gonnenen oder geplanten Angriffe gegen Tarifvertrag und Betriebs-räte unter dem Schutz des Staates fortsetzen, oder aber wird der Staat diesen Bestrebungen Einhalt gebieten? Die Sabotage gegen die Tarifverträge und Schlichtungsorgane die neuerdings aufge-tretene Beschneidung des Wirkungskreises für die Betriebsräte ge-hören in dieses Gebiet. Soll der Reichswirtschaftsrat beibehalten oder, wie es die Unternehmer haben möchten, weiter abgebaut wer-den? Soll der Wohnungsnot abgeholfen werden und auf welche Weise: durch Privatbauten, wozu der Staat Privataufgaben? Die Arbeitslosenfürsorge entwickelt, ihre heutige so lärglichen Leistungen erhöht, oder wie die Unternehmer es wünschen, abge-baut werden? Dieselbe Frage muß auch in bezug auf die übrigen Zweige der Sozialversicherung, der Invaliden- und Altersversiche-rung gestellt werden, die auf Grund der Selbstverwaltung der Be-teiligten neu organisiert werden sollen.

Wir sehen: nicht auf dem Gebiet der inneren und äußeren Poli-tik, sondern auch auf dem der Produktions-, Preis- und Handels-politik, des Geld- und Kreditwesens, der Finanzpolitik und der Sozialpolitik gehen die Wege weit auseinander, und es hängt vom Ergebnis der Wahl ab, welche von ihnen eingeschlagen werden. U. S.

Republik und Demokratie sicherte den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands.

In Nr. 39 des „Konfessionär“ veröffentlicht Herr Max Grünbaum, Vorstandsmitglied der Bernhard Lieh U.-G., Köln a. Rh. einen Artikel über „Meine Eindrücke in Amerika“. Er schreibt in dem-selben u. a.:

„Nicht nur die großen Detaillisten, nicht nur die Deutschamerikaner und die internationalen Bankiers aus der Wallstreet, sondern auch alle Schichten des Mittelstandes, die mir häufig zu sprechen Ge-legenheit hatten, ließen eine verständnisvolle und freundliche Ein-stellung zu Deutschland erkennen. Der Gesamteindruck war, daß der Krieg vergessen und aus dem Gedächtnis der meisten Amerikaner ausgeblüht ist. Man hat restlos Vertrauen zur deutschen Luftkraft, zum deutschen Fleiß, nicht ganz aber zu den deutschen politischen Verhältnissen. Die Vereinigten Staa-ten, die so durch und durch demokratisch und republikanisch gesinnt sind, wünschen auch ein Er-stärker der deutschen Republik und Demokratie. Alles, was an die vergangene militaristische und imperialistische Zeit erinnert, erweckt Mißtraue bei den Amerikanern, und am meisten schaden uns drüben die Abbildungen über militärische Schau-stellungen im Schmuck der Kriegserden und Uni-formen und die Berichte über terroristische Ereig-nisse. Es ist ja auch klar, daß der Amerikaner, der nichts mehr vor Krieg wissen will, der keine Fiel und keine Orben kennt, und der auch die Arbeiterschaft nicht als feindliche Mafte, sondern als Mit-arbeiter empfindet, kein Verständnis für Traditionen hat, die Deutsch-land und auch Europa noch immer beherrschen.“

Die Ausführungen aus der Feder eines bedeutenden Unternehmers sind außerordentlich beachtlich. Sie sollten allen Deutschen zugäng-lich gemacht werden, weil auch hier wiederum gezeigt wird, daß nur eine demokratisch-republikanische Regierung uns in der Welt wieder die Achtung verschaffen kann, die Deutschland unbedingt braucht, um die zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufzurichten, die aber auch gleichzeitig uns wieder die Stellung sichert, die Deutsch-land innerhalb der Völker auf Grund seiner Größe einnehmen mußte. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, dann ist es notwendig, daß wir am 7. Dezember sozialdemokratisch wählen.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ und die Reichstagswahl.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ hat in Nr. 44 den Wahlkampf eröffnet. Sie schwimmt vollkommen im Fahrwasser deutschnatio-naler Politik. In fetten Lettern ruft sie aus: „Schluß mit dem Marxismus der Wirtschaft!“ In einem Artikel „Wahlrecht und Wahlpflicht“ sagt sie: „Fort also mit dem Entschloß — her mit einem Rechtsblock, der den Geschäftsgang in neue Bahnen lenkt und den Gegnern zeigt, daß Deutschland nicht gewillt ist, sich für alle Zeit der ihm aufbiktierten Rolle des Kulis unter den Völkern ab-zufinden.“

Wenn natürlich die deutsche Arbeiterschaft zur Rolle der Kul's gegenüber den deutschen Unternehmern herabgedrückt wird, dann findet die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ dies ganz in der Ordnung, sie nennt dies schließlich eine wirtschaftliche Notwendigkeit, deren man sich nicht entziehen könne, damit unsere Wirtschaft — den not-wendigen Profit für das Unternehmertum abwirft.

In einem anderen Artikel „Umflung der deutschen Wirtschaft auf ihre Rentabilität aus sich selbst“ von H. G. Held wird zunächst gegen die bisherige Steuerpolitik scharf Front gemacht und dieselbe als marxistisch verurteilt. Held schreibt u. a.: „Noch immer herrscht hier der marxistische Grundfals, daß man nur den Steuerhebel anzuziehen brauche, um die benötigten Gelder in den leeren Staatskassen zu pumpen. Noch immer regiert auf dem für die Volkswirtschaft eines Landes so bedeutungsvollen Gebiete der Steuerpolitik die marxistische Weisheit, daß die steuerlichen Einnahmen unbedingt den Ausgaben anzupassen seien, während es doch in Wirklichkeit gerade umgekehrt sein muß, daß nämlich die Ausgaben eines Staates den normaler-weise zu erwartenden Einnahmen anzugleichen sind.“

Steuern ist ja immer eine unangenehme Sache. Die deutschen Unternehmer waren immer gewöhnt, das Steuerzahler anderen zu überlassen. Wenn der Verfasser des angezogenen Artikels sagt, daß die Ausgaben den Einnahmen anzupassen seien, dann hätte er eben etwas früher aufstehen müssen und sich gegen die heftigste Finanzpolitik während des Krieges wenden müssen. Aber damals war es den Unternehmern recht, daß ein so leistungsfähiger Finanz-minister an der Spitze des Reiches stand. Wenn heute die Steuer-schraube stärker angezogen werden muß, so ist dieses gerade haupt-sächlich der heftigsten Steuerpolitik zu danken.

Gegenüber der Sozialpolitik schreibt er: „Hier sind es vornehm-lich die produktionsfeindlichen Maßnahmen des Reichsarbeits-ministeriums und deren praktische Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft, die zu einer unerträglichen Belastung derselben geführt haben. Der bis vor kurzem in Geltung befindliche achtstündige Ar-beitstag im Verein mit den die Arbeitsleistung so ungeheuer nach-teilig beeinflussenden schematisierenden Tarifverträge hat einem geradezu furchtbaren Raubbau an den uns noch zur Verfügung stehen-den wirtschaftlichen Energien verübt.“

Es ist gut, daß hier ein Unternehmer ausspricht, was die Herzen der Unternehmer so stark bewegt. Beseitigung der Tarif-verträge, an Stelle dessen die Schaffung von Werk-tarifsen, die den Wünschen der Unternehmer entsprechen. Der achtstündige Arbeitstag wird hier grundstößlich verworfen, während-dem führende Industrielle den Achtstundentag wohl als ein „er-strebenswertes Ziel“ hinstellen, welches aber infolge der deutschen Wirtschaftsverhältnisse noch lange nicht erreicht sein könne. Die letzteren glauben also mit ihrem diplomatischen Vorgehen mehr er-reichen zu können, obwohl in Wirklichkeit die Unternehmer über-haupt grundsätzliche Gegner des Achtstundentages sind.

Wir haben diese kurzen Ausführungen aus der „Deutschen Arbeit-geber-Zeitung“ deshalb herausgenommen, um unseren Kollegen zu zeigen, welche Mühe sich das Unternehmertum gibt, um einen rechts-gerichteten Reichstag zustande zu bringen. Unsere Kollegen werden auf dem Posten sein und dafür sorgen, daß bei der nächsten Reichs-tagswahl am 7. Dezember die Wünsche der Unternehmer zu Wasser werden. Denn was der deutschen Arbeiterschaft blühen würde, wenn wiederum ein reaktionärer Reichstag gewählt würde, zeigen die kurzen Sätze, die wir oben festgehalten haben, zur Genüge.

Aus dem Arbeitgeberlager.

Daß der Verband sächsischer Industrieller stark im reaktionären Fahrwasser schwimmt und mit der politischen Auffassung der Deutschnationalen Volkspartei übereinstimmt, ist eine längst bekannte Tatsache. Der Verband sächsischer Industrieller hat aus diesem Grunde heraus stark an dem Sturz des Dr. Sorge, des 1. Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industriellen, gearbeitet. Unläng-lich hat Herr Dr. Sorge nach Erscheinen des Sachverständigen Gutachtens die Annahme des Gutachtens unter gewissen Voraussetzungen empfahl, und zwar bevor er mit dem Vorstande des Reichsverbandes Stellung genommen hatte. Der Verband sächsischer Industrieller hat nach einem Vortrag des geschäftsführenden Reichs-verbandspräsidenten, Herrn Geheimrat Blicher, zu der Angelegenheit Stellung genommen. Der Direktor Lehning, Gesamt-verbandsmitglied des Reichsverbandes sächsischer Industrieller, zog stark gegen Dr. Sorge los, indem er erklärte, daß durch sein Verhalten die drohende Gefahr einer Zersplitterung der industriellen Kreise herauf-befahren worden sei. Er verlangte, daß eine Entschädigung an-genommen würde, die eine starke Mißbilligung gegenüber dem Reichsverbandsvorsitzenden Herrn Dr. Sorge ausdrückt, angenom-men werde. Der Gesamtverband des Reichsverbandes sächsischer In-dustrieller schloß sich dieser Aufforderung an und erklärte:

„Daß der Optimismus des Gutachtens über die Entwicklung der deutschen Wirtschaft und der Durchführbarkeit der Vorschläge in den wirtschaftlichen Verhältnissen Sachsens keine Berechtigung finde. Daß das Gutachten der außerordentlichen Verarmung der sächsischen Wirtschaft und Bevölkerung und den gegenwärtigen Existenzmöglichkeiten, unter denen die sächsische Industrie im Wett-bewerb mit dem Auslande steht, keine Rechnung trage.“

Daß das Gutachten keinen Raum ließe für die soziale Auf-gabe der Sicherstellung der arbeitsunfähig Gewordenen und für eine einigermaßen genügende Entschädigung der durch die In-flation Verarmten;

nur wenn das Gutachten mit den Sicherheiten umgeben werde, die ausreichen, um der buchstäblichen Not der sächsischen Bevölkerung für die Zukunft abzuwehren und die politische Scheit-ter des Reiches sowie die deutsche Währung und die Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaft sicherzustellen, halte auch der Verband sächsischer Industrieller für eine geeignete Grundlage zu Ver-handlungen, an denen mitzuarbeiten er sich bereit erkläre.“

Damit den scharfmacherischen Tendenzen der sächsischen In-dustriellen innerhalb des Reichsverbandes der deutschen Industriellen mehr Einfluß gewährt wird, verlangen sie eine stärkere Vertretung im Vorstand des Reichsverbandes.

Daß die sächsischen Industriellen die Zustimmung Dr. Sorges zum Sachverständigen Gutachten für verfehlt halten, sich aber schließlich unter gewissen Voraussetzungen zur Mitarbeit bei dessen Durch-führung empfehlen, zeigt zur Genüge, daß sie ebenfalls wie die Deutschnationalen der Marke Rampe „halb und halb“ huldigen. Dabei sieht es auch noch viel wohlstandstüchtiger aus, wenn sie ihren getreuen Vorbildern nachzuahmen versuchen, was diese ihnen vor-gemacht haben. Dies hat auch den Vorteil, daß diese Muster un-sonst zu haben sind und man braucht sich nicht in geistige Unkosten zu stürzen.

Beschäftigung in der Krefelder Textil-industrie.

Die Krefelder Textilindustrie leidet seit langer Zeit an Beschäfti-gungsangel, der sich für die Arbeiterschaft katastrophal auswirkt. Die Vertriebe, selbst bei Vollarbeit zur Deckung der Bedürfnisse nicht ausreißend, werden durch Kurzarbeit und Ausfalltore derart herabgedrückt, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft sprichwörtlich „am Hungeruche“ liegt.“

Eine vom Deutschen Textilarbeiterverband in der Kalenderwoche vom 20. bis 25. Oktober d. J. vorgenommene Statistik liefert erschreckende Zahlen.

Erfast wurden 98 Betriebe mit 4810 Arbeitern und 4498 Ar-beiterinnen. Von diesen waren beschäftigt:

1533 Arbeiter und	1988 Arbeiterinnen	48 bis 54 Stunden
1999	1752	48
333	246	40
487	297	32
880	152	24
123	108	unter 24

Es arbeiten verfährt unter 48 Stunden 1278 männliche und 603 weibliche Arbeiter, zusammen 2081 oder 22,3 Proz. sämtlicher Beschäftigten.

Den höchsten Prozentsatz stellt die Samtindustrie. Von 1555 Be-schäftigten arbeiteten 1042 oder rund 67 Proz. unter 48 Stunden. An zweiter Stelle stehen die Appreturen, die bei 1132 Beschäftig-ten 602 oder 53 Proz. unter 48 Stunden beschäftigen. Auch in den Färbereien kann von guter Konjunktur nicht gesprochen werden.

Wenn man weiter berücksichtigt, daß von den Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes 663 vollständig erwerbslos sind, so muß jedem einermöglichen Gedanken klar werden, daß sich unter Textilarbeiterchaft durch die Wirtschaftskrise in einer außerordent-lichen Notlage befindet. Pflicht der Regierung ist es, durch sofortige Einführung der Kurzarbeiterunterstützung diesem Elend einiger-maßen zu steuern.

Frauen-, Jugend- und Betriebsräteteil

Fort mit der Abtreibungsstrafe.

Die Befürworter der Abtreibungsstrafe pflegen häufig den Gegnern der §§ 218/219 des Strafgesetzbuches vorzumerfen, daß sie leichtfertig und unsachlich argumentieren und den stillen Ernst nicht aufbringen, den das Problem erfordert. In einer unlängst unter dem obigen Titel im Verlag Ernst Oldenburg, Leipzig, erschienenen, außerordentlich verdienstvollen Schrift wird der überzeugende Gegenbeweis angetreten, und zwar mit solcher Eindringlichkeit, daß dadurch auch der verranteste Anhänger der Abtreibungsstrafe zum Nachdenken angesetzt werden dürfte.

In dem Buche nimmt zunächst die verdiente Vorkämpferin der Bewegung für Mutterchutz und Segenreform, Dr. Helene Stöcker, das Wort. Sie geht davon aus, daß niemand die Schwangerschaftsunterbrechung an sich für etwas Gutes und Wünschenswertes hält, sondern daß sie stets „eine traurige, ernste und bedauerliche Notwendigkeit“ bleibt. Dr. Stöcker bespricht das Problem vom sozialen, ethischen und bevölkerungspolitischen Standpunkt aus. Zunächst erfährt man aus ihren Darlegungen, zu welchen Auswüchsen das störrische Festhalten an den §§ 218/219 führt: den bei Kriegsbeginn von Ostpreußen erzwungenen deutschen Frauen ist nicht die Abtreibung der Leibesfrucht gestattet worden; eine Frau, deren Mann gleichzeitig eine fogen. Abtreibungsstrafe zu verbüßen hat, wird aufgefordert, in derselben Sache eine Strafe anzutreten, obwohl sie drei Kinder im Alter von 1½ Monaten bis 3 Jahren hat, von denen sie das jüngste noch stillt; ein nach Verbüßung einer Abtreibungsstrafe entlassener Sanitätsgehilfe wurde von einem Kriminalbeamten gebeten, er möchte doch jetzt der Polizei alle angeben, von denen er wisse, daß sie dasselbe begangen hätten, dann könne ihm die Polizei eine schöne Stelle zusichern! Ist es angeht, solcher Tatsachen nicht geradezu unsachlich, daß erste ärztliche Autoritäten zur Durchführung der Abtreibungsparagrafen sogar noch fordern: daß Frauen mit Frühgeburten einer polizeiarztlichen Untersuchung zu unterwerfen seien: daß bei jedem Verdacht (!) einer freiwilligen Schwangerschaftsunterbrechung den Frauen die Krankenkassenunterstützung entzogen werden solle. Drei halbesche ärztliche Autoritäten bringen es fertig, die Gegner der Abtreibungsstrafe als Landesverräter und „Helfer unserer Feinde“ zu bezeichnen, und Bremer Frauenärzte wagen in einer Schrift von den Frauen zu verlangen, daß sie durch zahlreiche Geburten der neuen Kriegsvorbereiten. Dr. Stöcker erinnert mit Recht daran, „daß dieselben zaribusierten Gewissen“, die jede Abtreibung einen „Mord“ nennen, zugleich zu der Kategorie gehören, denen die Tötung von Hunderttausenden und Millionen Erwachsenen, gesunder, bewußter, schuldloser Menschen im Kriege nicht den mindesten Skrupel verursacht hat.“ — Von größtem Wert in der Stöckerischen Arbeit sind die Angaben über die sozialen Ursachen der Abtreibung. In Oesterreich z. B. hat man festgestellt, daß unter den wegen Aborti verurteilten Frauen 92 Proz. völlig vermögenslos, 7,9 Proz. im Besitz eines geringen Vermögens und nur 1 Proz. vermögend waren, das heißt also, daß in der überwiegenden Mehrheit der Fälle nur die Not der breiten Volksmassen den Anlaß zur Abtreibung gab. Und wie groß diese Not heute und bereits seit Jahren ist, wird durch erschütternde Einzelheiten klar gemacht. Während in Berlin im ersten Vierteljahr 1914 von 1000 Säuglingen 134 starben, waren es im gleichen Vierteljahr 1920 bereits 205, also jedes fünfte Kind wurde für den Tod geboren. Und wie mögen diese Zahlen erst in der „Hilfszeit“ der Infektion angewachsen sein! Man kann aus der heutigen sozialen Not nur den Schluß ziehen, daß es viel wichtiger ist, das Leben der schon Geborenen menschenwürdig zu erhalten, als durch Zuchthausstrafen den noch unbewußten Keim zu schützen. Der kapitalistisch orientierte jetzige Klassenstaat hat in den Abtreibungsparagrafen sein widersprüchliches Wesen restlos enthüllt. Es wird wohl kaum noch bestritten, „daß gerade diese Paragrafen sich in ihrer unheilvollen Wirkung vor allem gegen die niederen, beschloßen Schichten richten. Sie schaffen Klassenfeindschaft — und tragen auch zur inneren Verhütung und Zerküftung bei.“ — Dr. Stöcker fordert die Unterstützung des SPD. im Reichstag angebrachten Antrages auf Aufhebung der §§ 218/219, und entwirft gleichzeitig jene Kreise, die den Gegnern der Abtreibungsstrafe die Forderung auf „bedingungslose Abtreibung“ nachsagen, indem sie noch einmal die Mutterchutzforderung präzisiert: „Restlose Freigabe des Verkehrs mit empfangnisverhütenden Mitteln sowie grundsätzliche Straffreierklärung der Unterbrechung der Schwangerschaft — zumindest bis zu Beginn des sechsten Monats. Die Unterbrechung darf nur auf Wunsch der Schwangeren und nur von einem Arzt, der den Nachweis gegenüber spezieller Schutznachweise vorzunehmen werden.“ Dr. Stöcker fordert, daß über diese Frage unverzüglich ein Volksbegehren eingeleitet wird.

Ueber „Die Abtreibungsstrafe vom Standpunkt des Arztes“ verbreitet sich in dem Buche der Berliner Chirurg und Frauenarzt Dr. med. Heinz Stabel. Er nennt die §§ 218/219 „die verhängnisvollsten im ganzen Strafgesetzbuch“ und stellt fest, „daß sie ein Hemmschuh für den Fortschritt der ärztlichen Wissenschaft waren und auch heute noch als solcher wirken.“ Er betont, daß viele Frauen schon nach rein gesundheitlichen Gesichtspunkten ein Recht auf eine frühzeitige Unterbrechung der Schwangerschaft haben. Namentlich die Tuberkulose, Herzfehler und Nierenkrankheiten berechnen nach Dr. Stabel zur Vornahme des künstlichen Abortus, wobei er indessen stets eine genaue Feststellung der Schwere eines Falles voraussetzen lassen will. Er schreibt: „Es ist zweifellos, daß in staatlichen Institutionen manche Frau unnütz, ohne ein lebensfähiges Kind geboren zu haben, elend zugrunde geht, und daß bei vielen Tausenden wegen Unterlassung einer zeitigen Unterbrechung der Schwangerschaft eine chronische Krankheit ausgelöst wird und der Keim zu dauerndem Siechtum und zu frühem Tode gelegt wird.“ Aber nicht nur aus medizinischen, sondern auch aus sozialen und eugenischen Gründen fordert Dr. Stabel die Aufhebung der Abtreibungsparagrafen. Die Ärzte müßten in ihrer Praxis häufig erleben, daß ein Kind mehr, das man der Mutter nicht nehmen wollte, das ganze wirtschaftliche Gleichgewicht der Familie in Unordnung bringt, der Mann zum Süßler wird und die Mutter mit ihren vier Kindern zugrunde geht. Auf entschiedenste widerspricht Dr. Stabel der Behauptung der ärztlichen Abtreibungsstrafen-Befürworter, daß auch der kunstgerecht ausgeführte Abort ein großer, gefahrloser Eingriff sei. Keine Statistik beweise das. Mit starkem Nachdruck stellt Dr. Stabel fest: Es bleibt der künstliche Abort ein erster Eingriff, der aber von den Händen eines wirklichen Facharztes und in der Klinik unter den nötigen Vorichtsmaßnahmen ausgeführt, keine wesentlichen Gefahren für die Frau mehr birgt.“ Gerade die Abtreibungsparagrafen führen zahlreiche Frauen und Mädchen in die Hände von Quacksalbern, Kurpfuschern und hilflosen Frauen. Nach erst kürzlich wurde in Berlin ein entsetzlicher Fall aufgedeckt, wo eine junge Schwangerer einer Kurpfuschlerin unter den Händen gestorben war; diese wollte die Leiche bestatten, doch konnte das nicht geschehen; die Kurpfuschlerin hat dann den Tod durch Ertrinken einer Verhaftung vorgezogen. Viel mehr Schwangerer Frauen erkrankten heute noch und waren der Abtreibungsparagrafen nach einem Abort, oder sterben gar, als das der Fall wäre, wenn der ärztliche Spezialist den Eingriff vornehmen dürfte. U. Horvat hat in Hamburg bei 81 Frauen mit künstlichem Abortus 8,6 Prozent Todesfälle — ein Beispiel nur von unzähligen vielen.

Auch die letzte, aus der Feder des Rechtsanwalts Dr. Siegfried Weinberg-Berlin (Mitglied des preussischen Staatsrats) stammende Arbeit in dem Buche, unterteilt stark die soziale Seite des Pro-

blems. Aus seinen historischen Darlegungen sei nur die interessante Tatsache vermerkt, daß bei den „deutschen“ Sittlichkeitskriegen so sehr gefeierten Germanen die Schwangerschaftsunterbrechung ziemlich häufig war. Er hebt den Widerstreit der Abtreibungsparagrafen deutlich hervor. Ein Mädchen, das sich irtümlicherweise für Schwanger hält, und das einen harmlosen Tee trinkt, in der irrigen Annahme, er wirke abortiv, kann mit Gefängnis bestraft werden; ja, eine Schwangere, die einen Selbstmordversuch macht, ist nach der Praxis des Reichsgerichts der strafbaren Abtreibung schuldig zu machen! Und die Barbarei der §§ 218/219: Ein zehnjähriges Mädchen war von ihrem Stiefvater mißbraucht und geschwängert worden; Krankenhausärzte und Universitätsklinik verweigerten einen Eingriff, der Reichsjustizminister wurde vergebens angerufen — das zehnjährige, unglückliche Kind mußte die Frucht austragen! Dr. Weinberg gibt zahlreiches Material darüber, wie ansehnlich der zunehmenden Abtreibungen die §§ 218/219 praktisch vollkommen verfallen und darum doppelt grauam wirken bei denen, die sich in ihren Mägen verbergen. Wir wollen die Besprechung des mutigen und zeitgemäßen Büchleins „Fort mit der Abtreibungsstrafe!“ mit den Worten Dr. Weinbergs schließen: „Wir wollen einwenden sein des Reichshemdes: „Nicht fort sollt ihr euch pflanzen, sondern hinauf!“ Das ist nur dann möglich, wenn Kinder in die Welt gesetzt werden, die gemollt und bewußt empfangen und ausgetragen sind. Deshalb fort mit der Barbarei der Abtreibungsparagrafen! Die Abtreibung wird mit und ohne Strafbesimmungen so lange eine soziale Massenerscheinung bleiben, bis das Dichterwort Wirklichkeit wird:

Es trägt die Erde Brot genug
Für alle Menschenkinder.“

S. 5.

Jugendarbeit.

Die Schaffung von gesonderten Jugendabteilungen im Bereiche unserer Filialbezirke wird von einer Anzahl Angestellter und Funktionäre unseres Verbandes als sehr schwer, wenn nicht gar als ganz unmöglich hingestellt.

Als Gründe hierfür werden angeführt: Gleichgültigkeit bei den Jugendlichen und Interesslosigkeit für die Grundzüge der Gewerkschaften, Sucht nach Betätigung im Sport; weiter, daß mit Rück-

Mutterfreuden einer Arbeiterin.

Die Arbeiterin ist noch erwerbstätig, trotzdem sie hochschwanger. Während der Arbeit treten Geburtswehen ein. Auf dem Heimwege entbindet sie. Natürlich ohne jede Hilfe, der Weg zur Wohnung ist noch weit. In ihrer Not packt sie das neugeborene Kind in ihre Handtasche und schleppt sich eine halbe Wegstunde, bis sie ihr Heim erreicht. Elliche Stunden später kommt mit ärztlicher Hilfe das zweite Kind. Ein Fall von vielen.

Werden die Verfechter der göttlichen Weltordnung auch ferner die Forderung nach ausreichendem Schwangerschutz ablehnen? Werden sie ihren Frauen zumuten, unter gleichen Umständen zu gebären?

sicht auf die bestehenden Arbeiterjugendvereine von unserer Bewegung Abstand genommen werden muß, um nicht als Zerplitterter oder Zerfärrer des Bestehenden verstanden zu werden, und eine Reihe vieler anderer haltloser Behauptungen. All diese Schöngünde brechen in sich zusammen, wenn man die Dinge näher betrachtet und untersucht. Zugegeben soll werden, daß wir mit der Gründung von Jugendabteilungen innerhalb unseres Verbandes spät angefangen und andere Körperchaften früher erkannt haben, daß sie sich die Jugend für ihre Zwecke dienstbar machen müssen, jedenfalls aber nicht so spät, daß man von einem zu spät reden könnte.

Nun zu den angeblichen Gründen der Unmöglichkeit des Zustandekommens von Jugendabteilungen innerhalb unseres Verbandes. Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit für unsere Bewegung sind keine natürlichen bei unseren jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen. Die praktische Erfahrung hat uns das Gegenteil gelehrt. Das Interesse an einer guten Sache kann bei den Jugendlichen leicht geweckt und der Gleichmut in Begeisterung umgewandelt werden, wenn derjenige — ja hier kommt der Pferdeschuh — der Interesse wecken und Begeisterung hervorrufen soll, selbst diese Eigenschaften für die gute Sache in sich trägt. Bei unseren Angestellten und Funktionären dürfen wir natürlich das Letztere voraussetzen. Interesse an der Sache kann geweckt werden, wenn z. B. in einem leicht verständlichen Vortrage an der Hand der Richtlinien für die Jugendabteilung des Deutschen Textilarbeiterverbandes gesagt wird, welche hohe und hehre Aufgabe sich der Deutsche Textilarbeiterverband mit der Gründung von Jugendabteilungen gestellt hat. Aber, ich höre schon im Geiste wieder das alte Klage: Wir bekommen doch die Jugendlichen nicht in die von uns einberufenen Versammlungen! In solchen Fällen muß der Einberufer der Jugendversammlungen einmal nach den Ursachen des Mißschlages forschen und für Abstellung derselben Sorge tragen. Er muß sich fragen: Wor die Versammlungsbestimmungen nicht etwa in der richtigen Form erfolgt, oder, hat das Vortragschema nicht das nötige Interesse bei den Jugendlichen erweckt; oder hat gar der bestellte Redner wegen seiner bescheidenen Rednergabe nicht die erforderliche Zusatzkraft ausgeübt; oder was war überhaupt die Schuld an dem schlechten Versammlungsbesuch. Mißlingt der erste Versuch, so darf der Einberufer nicht gleich den Mut verlieren und die Flinte ins Korn werfen, sondern andere, vielleicht wirksamere Agitationsmethoden oder andere Werbemittel anwenden, um zum Ziel zu kommen. Auch hier gilt das Sprichwort: „Auf einen Nabel fällt kein Baum!“ Schematisch Ratsschlüsse zu erteilen, wie es am besten gemacht werden muß, um zu Erfolgen zu kommen, läßt sich nicht auf ermöglichen, weil die Verhältnisse überall anders geartet liegen. Empfehlenswert ist, daß die Einladungen zu solchen Agitationsversammlungen brieflich und durch Boten ins Haus erfolgen, und daß die Richtlinien für die Jugendabteilungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes beigelegt werden. Die Adressen der Jugendlichen sind an der Hand der in Ordnung sich befindlichen Mitgliedskartei in jeder Filiale leicht zu beschaffen. Will man auch alle nichtorganisierten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen erfassen, so muß sich der Mithilfe der Betriebsräte bedient werden. Vor allem sind auch kleine Veranstaltungen, z. B. Konzertabende, Rezitations- und Frauenabende bunte Abende für Erwachsene und Jugendliche, wo im Mittelpunkt des Abends eine Ansprache an die Jugendlichen erfolgen muß, geeignet, Propaganda zu machen. Diese Veranstaltungen müssen natürlich bei freiem Eintritt für Erwachsene und Jugendliche stattfinden. Ein findiger Kopf wird hier immer das Rechte finden; zudem steht ihm ja immer der Gaujungenleiter mit Rat zur Seite. Doch halt! Wer redet da etwas von schulmeisterlichen Wollen? Das ist kein schulmeisterlich, sondern die vorstehenden Bestimmungen sind kleine Anregungen und Winke, die beliebig erweitert werden können!

Auch den Anhängern des Sportes unter der Jugend kann der Eintritt in unsere Jugendbewegung erleichtert werden, indem wir gemäß unserer Richtlinien für die Jugendabteilungen auch sportliche Veranstaltungen treffen.

Jugendwelche Rücksicht zu nehmen auf schon bestehende Arbeiterjugendvereine hieße geradezu Selbstmord begehen. Eine Zertrümmerung oder Zerspaltung liegt auch gar nicht in unserer Absicht, eher eine Befruchtung der Arbeiterjugendbewegung. In unseren Richtlinien ist unter § 8 i) gesagt: „Außerdem liegt ihre Tätigkeit in der Anknüpfung von Verbindungen der einzelnen Jugendabteilungen untereinander und in der Pflege der Beziehungen zu anderen gewerkschaftlichen Jugendsektionen und proletarischen Jugendbewegungsgruppen.“ Damit ist einwandfrei bewiesen, daß wir das Gegenteil wollen von dem, was man uns andichtet.

Auf einer Reihe von Gewerkschaftskonferenzen war die Schaffung von Jugendabteilungen innerhalb der Gewerkschaften Gegenstand eingehender Beratung. Das wissen auch erfahrene Gewerkschaftler. Heute finden wir zu unserem größten Leidwesen Kollegen und Kolleginnen, die sich solchen Gründungen entgegenstemmen, zuliebe anderer Korporationen, also mit einem Worte, Selbstmord über wollen.

Wenn wir tagtäglich beobachten können, mit welcher geradezu bewundernswürdigen Energie und Ausdauer unsere Gegner die Jugendarbeit betreiben und die Jugendlichen an sich reifen, dürfen wir selbstverständlich nicht tatenlos zusehen. Wenn wir nicht haben wollen, daß die Proletarierjugend bürgerlich verjüngt, oder in die Fangarme der Pfaffen gerät, wird es höchste Zeit, energisch zuzupacken und die Jugendarbeit in unserem Sinne und in unserem Geiste zu betreiben.

Wenn sich unsere Jugendbewegung dann im Fluß befindet, werden alle aufgewendeten Mühen und Opfer reichlich belohnt. Eins darf bei der ganzen Bewegung nicht außer acht gelassen werden: Der Förderer und Leiter der Jugendbewegung sein oder werden will, muß sich in die Seele der jungen Menschenkinder hineinversetzen, muß mit ihnen fühlen und denken; mit einem Worte, wenn der Jugendleiter schon in den reiferen Jahren steht, muß er noch einmal selbst jung werden. Schreiber dieser Zeilen, der in den ersten Anfängen der Arbeiterjugendbewegung Jugendleiter in einem kleinen Industriebezirk viele Jahre war, hat viel Freude erlebt an seiner Arbeit. Seine aufgewendeten Opfer und Mühen wurden reichlich belohnt durch die Strebbarkeit, Lernbegierigkeit auf allen Gebieten des Wissens und den Wissensdurst, den die Jugendlichen jederzeit an den Tag gelegt haben. Gelegt muß werden, daß die Jugendarbeit Zähigkeit und Ausdauer erfordert und vor allen Dingen Lust und Liebe zur Sache.

Eignung zum Jugendleiter kann man sich erwerben, vorausgesetzt, daß die natürlichen Anlagen, der gute Wille und die nötige Energie dazu vorhanden sind. Für Sachsen findet ein Jugendleiterkursus ab 4. Januar 1925 statt mit der Tagesordnung: 1. Die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung; 2. die Aufgabe des Jugendleiters im allgemeinen; 3. die Besonderheit der gewerkschaftlichen Jugendarbeit; 4. die Aufgaben des Jugendleiters in Hinsicht auf die Förderung der Berufsausbildung der Jugendlichen. Es wird erhofft, daß alle sächsischen Filialen die Gelegenheit wahrnehmen, den Kursus zu besuchen, was viel zur Förderung der Jugendbewegung in den einzelnen Orten beitragen und zum Nutzen unseres Verbandes ausschlagen wird.

Unter Zentral-Jugend-Sekretariat in Berlin hat einen gedruckten Bericht herausgegeben, der allen Filialen zugänglich gemacht worden ist. Der Bericht hat einen so trefflichen und beachtlichen Inhalt, daß es allen Filialvorsitzenden und örtlichen Jugendleitern zu empfehlen sein würde, eine eingehende Durchsicht desselben vorzunehmen. In Verbindung damit wird es auch ratsam sein, wenn eine eingehende Einsichtnahme in die Richtlinien für Jugendabteilungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes von den schon Genannten erfolgt. Der Verfasser vorliegender Artikel ist von vornherein überzeugt, daß die Genannten zu eifrigen Anhängern unserer Jugendbewegung gemacht werden und der Ansicht des Zentral-Jugendsekretärs beistimmen, wenn er sagt: „Mut und Willen zum Handeln muß aufgebracht werden; denn das Wägen ist kläglich, wenn es nicht zum Wägen führt!“ S. S., Dresden.

Fortdauer des Betriebsratsamts bei Wiedereinstellung nach einem Streik.

Am 29. April 1924 entschied das Gewerbegericht in Königsberg i. Pr. unter Abenschen G. O. 123/24 E. R. (abgedruckt in „Das Schlichtungswesen“ Nr. 7/1924 S. 116), daß, nachdem ein Streik mit der Vereinbarung, daß alle Streitenden restlos wiedereingestellt werden und Maßregelungen nicht stattfinden dürfen, abgebrochen worden ist, diejenigen wiedereingestellten Arbeitnehmer, die Mitglieder der Betriebsvertretung waren, ohne weiteres in ihre Funktionen als Betriebsratsmitglieder wieder eintreten. Sie sind daher auch jetzt noch als Betriebsratsmitglieder anzuerkennen.

Den Entscheidungsgründen entnehmen wir folgenden Auszug: „In der Sache selber hat das Gewerbegericht den Standpunkt angenommen, welchen auch Platow in seinem Kommentar zu § 39 B. G. unter Anmerkung 4 und Landgerichtsrat Nede in der Zeitschrift „Das Schlichtungswesen“ Nr. 11 vom November 1923 S. 205 vertritt. Eine Abrede nach Abschluß des Streites, daß Maßregelungen nicht stattfinden sollen, kann hiernach objektiv nur so verstanden werden, daß das Arbeitsverhältnis trotz Kündigung als nicht erloschen gelten soll. Wenn aber in diesem Sinne eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses nicht stattgefunden hat, so mußten auch alle Eigenschaften und Funktionen, welche von einem Arbeitnehmer durch sein Arbeitsverhältnis begründet waren, trotz des Streikes und trotz der Kündigung unverändert bleiben. Zwar können die Beteiligten selbstverständlich nicht vorenbar, ob ein Arbeitnehmer Betriebsrat bleiben soll oder nicht; denn diese öffentlich-rechtliche Funktion unterliegt nicht der Privatvereinbarung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern; wohl aber können die Beteiligten hinsichtlich des privatrechtlichen Arbeitsverhältnisses alles das vereinbaren, was gesetzlich nicht verboten ist; sie können daher auch vereinbaren, daß eine gesetzliche Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses rückgängig gemacht wird. Wenn aber eine solche rechtlich erlaubte Rückgängigmachung erfolgt ist, so folgt daraus (unabhängig von dem Willen der Beteiligten) von selbst, daß die mit dem Arbeitsverhältnisse verbundene Betriebsratszugehörigkeit als nicht erloschen gilt.“

Demgemäß war wie gesehen das Fortbestehen der Funktionen der hier in Frage kommenden Betriebsratsmitglieder festzustellen.“

Die gleiche Ansicht vertritt das Gewerbegericht Berlin bereits in einem Urteil vom 6. August 1923. In der Begründung ist u. a. folgendes ausgeführt:

„Unzweifelhaft ist die Entlassung des Klägers zunächst wegen seiner Teilnahme am Streik erfolgt. Das ergibt sich schon aus der ursprünglichen Fassung der Abgangsbekanntmachung, auf der ausdrücklich vermerkt ist: Entlassung wegen Streik! Diese während und aus Anlaß des Streikes erfolgte fristlose Entlassung war aber in ihrer Wirksamkeit bedingt durch die Art der Beendigung des Streiks. Nachdem die Organisationen behn übereingekommen waren, daß Streikmaßregelungen nicht stattfinden dürfen, mußte mit dem Tage der Wiederaufnahme der Arbeit, dem 16. Juli, ohne weiteres das Arbeitsverhältnis und mit diesem die Betriebsratszugehörigkeit des Klägers wieder aufleben.“

Die sächsischen Industriellen und die Frage der Arbeitszeit bzw. die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

In einer Sitzung der Tarifnachrichten-Austauschstelle sächsischer Arbeitgeberverbände vom 15. August 1924 in Dresden wurde die Arbeitszeitregelung und insbesondere der „drohende Volksentscheid“ betreffend den Achtstundentag, besprochen. In guter Vorahnung ging die Meinung der Industriellen dahin, daß ein Volksentscheid unbedingt vermieden werden muß, da dieser zumungunsten der Arbeitgeber ausfallen müsse. Man beschloß deshalb:

1. Der Kampf in der Arbeitszeitfrage ist nicht für eine Verlängerung der Arbeitszeit, sondern gegen eine starre Festsetzung des Achtstundentages zu führen.
2. Eine Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, wonach jede die 48-Stunden-Woche überschreitende Arbeitsstunde mit Zuschlag zu vergüten ist, ist zu bekämpfen, da wir besonders durch Steigerung und Verbilligung der Produktion unter gleichzeitiger Ausnutzung der technischen Fortschritte wieder exportfähig und somit reparationsfähig werden können.
3. Alle Verbände müssen mit Material an die ihnen bekannten Reichstags- und Landtagsabgeordneten herantreten. Die Abgeordneten sollen dringend orientiert werden, daß der Ausbau der jetzigen Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 anzustreben ist und daß, falls ratifiziert werden müßte, dies nur unter dem Vorbehalt geschehen dürfe, daß die anderen großen Industriestaaten daselbst tun.

Eins ist an dieser Entschliebung interessant. Während der starken Krisis in der Textilindustrie verlangten die Unternehmer allenfalls, daß die Arbeitszeit, auch dort, wo stark verkürzt gearbeitet wurde, täglich über acht Stunden hinaus ausgedehnt werde. Dieses Verlangen der Industrie steht doch stark im Gegensatz zu dem in Ziffer 1 Gefagten. Es zeigt dies, daß man nur Resolutionen annimmt, die darauf berechnet sind, den Behörden und auch der Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen und sie über die wahre Absicht der Unternehmer im dunkeln zu lassen. Die Unternehmer wollen den Achtstundentag prinzipiell befeitigt wissen. Jedenfalls geht aus der Rundgebung der Industriellen hervor, daß sie stark beunruhigt sind über die Forderung der Arbeiterschaft, zur Frage des Washingtoner Abkommens einen Volksentscheid herbeizuführen. Der Volksentscheid wird jedenfalls herbeigeführt werden, wenn die Reichsregierung nicht bald die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vollzieht. Die Herbeiführung eines Volksentscheides zu verhindern, dürfte auch den sächsischen Arbeitgebern nicht gelingen. Die Arbeiterschaft aber erfieht daraus, wie wichtig die Frage des Volksentscheides für sie ist.

Gau Liegnitz.

Otto Fritsch 20 Jahre Gauleiter.

In diesen Tagen sind 20 Jahre vergangen, seit unser Gauleiter Otto Fritsch als Führer der sächsischen Textilarbeiterschaft berufen wurde. Ein kleines Menschenalter hindurch hat der über die Grenzen von Schlesien hinaus bekannte Kollege für die Ausbreitung unserer Organisation und für die Besserstellung der sächsischen Textilarbeiter in unermüdlicher Weise gewirkt. Auch in politischer Beziehung hat unser Fritsch stets seinen Mann gestanden. Als Abgeordneter des Preussischen Landtages vertritt er die Interessen der sächsischen Arbeiterschaft. Möge es ihm beschieden sein, noch viele Jahre seine Kräfte der Arbeiterbewegung zu widmen. Wir begrüßen ihn zu seinem Ehrentage.

Unfallverhütungspropaganda durch das Bild.

Wie bekannt, hat die beim Verbände der Deutschen Berufsgenossenschaften eingerichtete Zentralfstelle für Unfallverhütung u. a. auch eine umfassende Bildpropaganda auf ihrem Programm. Zu diesem Zweck ist bereits vor einigen Monaten eine besondere Unfallverhütungs-G. m. b. H. ins Leben gerufen worden. Sie hat die Aufgabe, fortlaufend gute Unfallbilder, von Künstlerhand geschaffen, herstellen zu lassen und planmäßig zu verbreiten. Die ersten dieser Bilder sind inzwischen erschienen und hinausgegangen (oder sollen in den nächsten Tagen hinausgehen). Bei dem einen handelt es sich um ein allgemeines Bildplakat, das auf die noch immer allzu große Zahl der Unfälle hinweist und jeden im Betriebe Stehenden mahnt, zur Verhütung und Besserung der Unfälle das Seine beizutragen. Das zweite Bildplakat mahnt insbesondere zum Schutze der Augen.

Das wichtigste Problem bei dieser wie bei jeder Unfallverhütungspropaganda ist die Art der Verbreitung. Man hat sich hier entschlossen, sich der Hilfe der Berufsgenossenschaften selbst zu bedienen, die die Bilder und Plakate zunächst in jeden einzelnen Betrieb bringen können und sollen. Sache des Arbeitgebers wie auch der Arbeitervertretungen wird es dann natürlich sein, für die regelmäßige und möglichst augenfällige Plakattierung der Bilder zu sorgen, immer in dem Bewußtsein, daß damit das Interesse aller im Betriebe Tätigen und an dem Betrieb Beteiligten gefördert wird: der Arbeiter und Angestellten, der Unternehmer und der Berufsgenossenschaft als Versicherungsträgerin. Intensivere und systematische Befämpfung der noch immer allzu häufigen Unfälle, insbesondere der durch Fahrlässigkeit, Leichtsinn und Unachtsamkeit hervorgerufenen, ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesamtwirtschaft. Darum ist der neuen Organisation die allgemeine Unterstützung dringend zu wünschen, die allein einen wirklichen Erfolg verbürgt.

Aus der Partei der Wirkköpfe.

Die Kommunisten führen wieder einmal eine scharfe Reinigungsaktion durch. Alle rechtsgerichteten Elemente werden aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Groß ist die Anzahl der Opfer, die die kommunistische Partei aus ihren Reihen stößt. Unter diesen Opfern befinden sich zwei Stadtverordnete von M.-Gladbach. Darunter der uns bekannte August Dölle. Dölle hat wahrhaftig unverdienten Pech. Das Schicksal hat er wahrhaftig nicht verdient. Wegen seines organisationschädigenden Verhaltens im Auftrag der kommunistischen Partei innerhalb unserer Organisation wurde er von dieser ausgeschlossen. In der Stadtverordnetenversammlung in M.-Gladbach gab es nun zwischen den Kommunisten eine Auseinandersetzung, die immerhin einen Einblick gewährt in die Verhältnisse der kommunistischen Partei.

Die „Westdeutsche Landeszeitung“ in M.-Gladbach berichtet u. a. hierüber folgendes: „Vor Eintritt in die Tagesordnung bilde der Vorsitzende mit, daß drei Stadtverordnete, darunter August Dölle, aus der kommunistischen Fraktion ausgeschieden seien, ohne sich einer anderen Fraktion anzuschließen.“ Der Stadtverordnete August Dölle begründete den Austritt in einer Erklärung, in der er u. a. sagte: „In der kommunistischen Partei Deutschlands hätten Leute die Führung an sich gerissen, denen nicht das Wohl und Wehe des Proletariats am Herzen liege, sondern die es darauf abgesehen hätten, die alten Führer zu beseitigen, um selbst die Führerposten zu besetzen. Zu diesem Zweck hätten sie keine Mittel gescheut und die schmutzigsten Argumente vorgebracht. Ganze Stadtverordnetenfraktionen seien so aus der Partei hinausgeschmissen worden. Die Partei werde jetzt von Wirkköpfen geführt, unter denen das Proletariat zu leiden habe. Er fordere das Proletariat auf, mit diesen Leuten Schluss zu machen, sie hätten die Arbeiter nur von einer Niederlage zur anderen geführt. Die Arbeiter müßten sich ge-

schlossen zum Kampf gegen diese Elemente zusammenfinden. (Zuruf der Versammlung: Sehr richtig!) Die Arbeiter ließen sich nicht täuschen, sie wüßten, was sie den ausgeschlossenen schuldig seien. Auch er und seine zwei Genossen seien aus der Partei worden, angeblich, weil sie das Ansehen der Partei geschädigt hätten. Einer seiner Fraktionsgenossen habe sich sogar magt gewagt, ihn bei der Polizei zu denunzieren. Elemente drängten sich vor, denen es nur darauf ankomme, schnell Oberwasser in der Arbeiterbewegung zu bekommen. Er und seine zwei Genossen würden nach wie vor die Interessen des Proletariats vertreten, sie ließen sich auch durch plumpe Drohungen, wie sie schon gemacht wurden, nicht zurückschrecken.“

Dies gab dem kommunistischen Genossen Schlagewert Veranlassung zu folgenden Ausführungen: „Er nannte den Vorredner einen „kleinbürgerlichen“ Menschen, der sich früher als Ultraradikaler gebärdet habe. Die drei seien ausgeschlossen worden, weil sie „vollständig moralisch verkommen“ seien und sich als „mitbewerberne „Einbürgerer“ entpuppt hätten. Sie sollten „nur laufen, gehen“ und sich der „verbrecherischen Sozialdemokratie“ anschließen. Sie, die ersten Kommunisten, würden „solche Worte fallstüßig erwidern.“

Diese Ausführungen geben einen Einblick in die Verhältnisse der kommunistischen Partei. Die kommunistische Partei befindet sich in der Zerküftung. Die Wahlen von Hamburg hoben dies ebenfalls gezeigt. Wenn die Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland sich weiter bessern, so daß die Arbeitslosigkeit weiter zurückgeht, dann ist das Schicksal der kommunistischen Partei besiegelt. Es tut endlich not, daß sich die Arbeiterschaft von diesen Pfaffen abwendet und den Kampf gegen das Unternehmertum auf dem realen Boden der Tatsachen führt.

Berichtigung.

In dem Bericht aus Elberfeld unter der Rubrik „Aus Fachkreisen“ in Nr. 39 des „Textilarbeiters“ hatten sich zwei Druckfehler eingeschlichen. Es heißt in dem Bericht: „83 Kollegen und eine Kollegin gehören 5 Jahre.“ Es muß heißen: „25 Jahre“. Ferner ist der Name Bardocazzi falsch. Es muß heißen: Bardolahi.

Berichte aus Fachkreisen.

Gelsenau. Am 31. Oktober hielt die Filiale Gelsenau des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes ihre ordentliche Generalversammlung im Gasthof Ober-Gelsenau. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht des Kollegen Deitel war folgendes zu entnehmen: Einnahme: 21.154,04 Mk., Ausgabe: 19.041,98 Mk., Kassenbestand 212,06 Mk. Der Organisation gehören 1865 männliche und 1961 weibliche, zusammen 3846 Mitglieder, an. In der folgenden Aussprache wurde benannt, daß wir gegenüber anderen Nachbarfirmen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht anders liegen wie bei uns, zu wenig höhere Beiträge umfassen. Die Generalversammlung steht auf dem Standpunkt, daß diese Mängel beseitigt werden müssen, wenn die Organisation ihre Aufgaben erfüllen soll. Kollege Guido Uhlig behandelte in einem kurzen Referat das Washingtoner Abkommen unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Arbeiterschaft zum Arbeitszeitgesetz. Ein Antrag des Vorstandes, den § 6 des Ortsstatuts dahingehend zu ändern, daß in Zukunft auf 30 Mitglieder ein Delegierter entsandt wird, einstimmig angenommen. Zur Besichtigung des am 14. und 15. Dezember in Görtlich stattfindenden Betriebsräte-Kongresses für die Textilindustrie wird beschloffen, den Kollegen Oskar Reuter von den Betriebsräten und den Kollegen Guido Uhlig von den Angestellten als Delegierte zu entsenden. Eine eingegangene Resolution, welche besagt, daß Tarife nur für organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen abgeschlossen werden sollen, findet einstimmige Annahme. Der Antrag der Revision auf Entlastung des Kassierers wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Köln. Die „Sozialistische Republik“ auf dem Gimpelhang. Sie lügen, daß sich die Balken biegen. Die „Sozialistische Republik“ bringt in ihrer Montagsausgabe einen Bericht über die „Rinde ausbeutung in Trier“, in welchem sie gleichzeitig eine Betriebsversammlung, die in der Jute-Fabrik am 4. Oktober stattgefunden haben soll, bespricht. Im Bewußtsein ihres Schwindels ließ sie den Titel und das Datum weg. Es handelt sich um eine Betriebsversammlung der Jute-Fabrik und -weberei in Beuel am 7. Oktober 1924, die von den beiden Textilarbeiterverbänden einberufen war, in welcher zu der Lohnfrage Stellung genommen wurde. Mit Rücksicht darauf, daß der Versammlungsraum nicht beleuchtet werden konnte, fielen die angelegten Referate fort, so daß die Kollegen des Betriebes mehr zum Wort kamen. Die „Republik“ schwindelt nun ihren Lesern weiter vor, daß in dieser Versammlung ein Beschluß gefaßt wurde, keine Lohnforderungen zu stellen. Das Gegenteil von dem ist wahr. Weiter wird behauptet, daß der Betriebsobmann die Ausschreitungen eines Meisters gegenüber den Jugendlichen unterfützt habe. Er habe Kindern „Faulheit und Trägheit“ vorgeworfen. Dieses stimmt jedoch nicht. Wichtig ist, daß der Obmann, was seine selbstverständliche Pflicht war, die Jugendlichen darauf hingewiesen hat, im Betriebe unter allen Umständen das Rauchen zu unterlassen. Gegen die Ausschreitungen des Meisters hat er in schärfster Weise Front gemacht. Das Blatt versucht nun den Obmann als Anhänger der Sozialistischen Partei zu bezeichnen. Wenn sie sich zu der Mühe gemacht hätten, ihre eigenen Mitglieder nachzusehen, dann hätten sie finden müssen, daß er der kommunistischen Partei angehört. Daß in der Jute-Fabrik 13½-jährige Kinder beschäftigt werden, dürfte wohl alleirge Weisheit der „Republik“ bleiben, denn kein einziges Kind in diesem Alter ist in dem Betriebe beschäftigt. Daß die Löhne der Jugendlichen miserabel sind, wissen wir längst und haben uns schon seit langem dafür eingesetzt, daß eine Erhöhung der Löhne der jugendlichen Arbeiter eintritt.

Im Laufe der Aussprache tauchte in dieser Betriebsbesprechung plötzlich die kommunistische Reiter auf. Sie hatte sich unbedeutenderweise in die Betriebsversammlung eingeschlichen und glaubte nun, in dem stark dunkelnden Raum ihre Weisheiten verapazieren zu können. Sie behauptete, daß die Frauen durch den Textilarbeiterverband vernachlässigt worden seien und schwindelte der Versammlung vor, daß sie früher Mitglied des Verbandes der Bäcker und Konditoren gewesen und gegenwärtig Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes sei. Von der Mitgliedschaft der Reichstagsabgeordneten Reiter wissen aber weder die Bäcker noch die Fabrikarbeiter etwas. Die Reichstagsabgeordnete Reiter ist jedenfalls stilles Mitglied dieser Verbände gewesen, weil sie die Beiträge ignorieren wollte.

Der Bericht der „Republik“ schreibt nun: Als unsere Genossin tiefer und tiefer in die Versammlung eindrang. . . Von dem tiefer Eindringen haben wir gar nichts gemerkt. Dies ist jedenfalls das Geheimnis von der „Republik“. Wir wissen nur, als die Reiter von Vernachlässigung der Frauen durch den Textilarbeiterverband sprach, da riefen ihr die Frauen zu: „Das ist ja Lug und Schwindel!“ Sie war schließlich so tief eingedrungen, daß die Versammlung sie nicht mehr hören wollte. Ferner hat auch nicht ein SPD-Mann zur Geschäftsrunde gesprochen, sondern ein tapferer SPD-Mann war es, der verlangte, daß die Reiter aus der Versammlung gewiesen wird. Außer dem Versammlungsleiter, der sie aus dem Saal verwiesen hatte, weil sie sich irrtüchlich in die Versammlung eingeschlichen hatte, hat sich niemand mit Frau Reiter beschäftigt. Die kommunistische Reichstagsabgeordnete Reiter wird die Versammlung mit dem Gefühl verlassen haben, daß in dem Betriebe der Jute-Fabrik und -weberei in Beuel für die Kommunisten nichts zu ernten ist.

Die „Republik“ schwindelt ferner, wenn sie sagt, daß eine Anzahl Frauen gingen, als die Reiter den Saal verließ. Ganze zwei Frauen gingen unmittelbar nach der Reiter von der Versammlung fort, weil sie die Bahn benutzen mußten.

Genossin Spohr verpöbelte die Ausführungen der Reiter gründlich und erklärte ihr, daß, wenn sie zu den Frauen sprechen wolle,

dann sei es die erste Bedingung, bei der Wahrheit zu bleiben. Leuten, die in einer solchen Weise schwindeln, kann man wirklich nicht die Vertretung der Arbeiterschaft anvertrauen. Im übrigen sollte man auch annehmen, daß eine kommunistische Abgeordnete sich mehr an die Wahrheit halten würde. Deshalb gilt heute mehr denn je das Wort: Seht Euch diese Sorte Führer (innen) sehr genau an, solchen Volksvertretern kann die Arbeiterschaft am 7. Dezember niemals ihre Stimme geben.

Köln. Die Notlage der Textilarbeiter! Der Deutsche und christl. Textilarbeiterverband haben den Kölner Textilfirmen Forderungen unerbittlich, die eine Erhöhung der Löhne von 6 bis 8 Pf. je Stunde für Männer und Frauen vorsehen. In einer Verhandlung lehnten die Arbeitgeber jegliches Zugeständnis ab. Diese Herren verfliegen sich zu der Behauptung, daß überhaupt von einer Teuerung nichts zu spüren sei. Sie behaupten, daß ein Ausgleich der Teuerung im belegten und unbelegten Gebiet stattgefunden habe, die Löhne in Köln aber noch höher ständen als im unbelegten Gebiet und deshalb könne an eine Erhöhung nicht gedacht werden. Als der Betriebsrat eines bekannten Textilbetriebes vorfällig wurde, erklärte der Direktor, auf die Einwendung eines Arbeiters, er habe keine Hope mehr anzuziehen: „Gehen Sie doch zu städtischen Wohlfahrtsamt und lassen sich dort eine Hofschentel.“ Soweit sind also die Textilgewaltigen gekommen, sie sehen die Notlage ihrer Arbeiter vor Augen und erhöhen sie noch obendrein.

Wie lange will sich dies die Kölner Textilarbeiterschaft noch gefallen lassen? Die Verhandlungen werden durch den Arbeitgeberverband verschleppt. Erst selbe am Freitag vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden, dann am Mittwoch und nun hat der Arbeitgeberverband die Verhandlung nochmals auf Freitag dieser Woche verlagert lassen.

Sieht die Textilarbeiterschaft denn nicht, wie sie an der Nase herumgeführt wird, es ist höchste Zeit, daß namentlich die Textilarbeiter des engeren Stadbezirks sich den Gewerkschaften angeschlossen. Macht es euren Beueler Kollegen nach, dort hat sich der gesamte Betrieb restlos der Organisation wieder angeschlossen. Ohne Gewerkschaften kann es keine Besserung eurer Lage geben, deshalb hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband.

Wangen i. Allgäu. Wir beschäftigten uns kürzlich in der Tagespresse mit den neu eingeführten Methoden in der hiesigen Baumwollspinnerei, Abteilung Weberei, die tatsächlich jeder Beschreibung spotten. Wenn man glaubt durch rigorose Festsetzung von Strafen und sonstige Liebeshandlungen die Produktion zu heben, um erschlaffte Fortschritte herzustellen, so dürfte man damit den Gaul am Schwanz aufzäumen. Die Ausbeutung der Webereibeschäftigten und damit im Zusammenhang stehende Antreiberei steht jedenfalls weit und breit unerreichbar da. Damit hat Webermeister Fischer bei weitem den Rekord geschlagen. So werden einfach Weber und Weberinnen in Stiefe genommen, ohne zu unterfragen, ob es ihre Schuld ist, wenn in einem Stück Fehler enthalten sind. Nach den Bestimmungen der RGD. dürfen aber nur Strafen verhängt werden, wenn solche durch die Schuld des Arbeitnehmers verursacht sind. Aber was kümmert diese Herren die RGD., hier gilt der Grundtag: „Nur einer ist Herr im Reich, und der bin ich.“ Alle Webereiarbeiter, die von auswärts hergelockt wurden unter der Versicherung, daß ein schöner Verdienst erzielt wird, haben schwere Enttäuschungen erlebt. Wenn alle Wünsche dieser Herrlein in Erfüllung gingen, müßte das Teufelchen für Herrn Fischer noch als gelinde Strafe bezeichnet werden. Nachdem automatische Stühle in Betrieb genommen werden, ist ein neuer Affordarist notwendig. Bereits ist angeordnet, daß dadurch eine neuerliche Verschlechterung Platz greifen soll, neben einer ziemlich Mehrleistung an Arbeit. Die Durchschnittsverdienste in der Weberei sind infolge der Schichten miserabel. Wie in der Ableitung Weberei die Antreiberei in höchster Blüte steht, so steht es in der Bleicherei und Appretur dieser Firma aus. Hier wird ganz besonders Klage geführt, daß der Meister Esig und sein Sohn in schändlicher Behandlung der Belegschaft das denkbar Mögliche leisten. Ob durch diese andauernde unverschämte Behandlung der Arbeiter die Arbeitsfreudigkeit gehoben wird, wollen wir sehr bezweifeln. Herr Esig und Sohn sollten nicht vergessen, daß die Arbeiter um den Lohn arbeiten, sie selbst um das Gehalt. Ganz besonders ist es auch die Organisation, die diesen Heiden arg im Magen liegt. Wir ersuchen daher die Textilarbeiter allerorts, bevor sie in der Weberei oder Bleicherei Arbeit annehmen, sich zuvor über die Verhältnisse im Betriebe bei der Organisation zu erkundigen. Deutscher Textilarbeiterverband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 16. November ist der Beitrag für die 46. Woche fällig

Wegen ausgebrochener Lohn-differenzen in der Zengruderlei, die Unternehmer beabsichtigen die Löhne ab 8. November um 10 Proz., ab 22. November um 20 Proz. zu reduzieren, bitten wir den Zugang nach Arefeld und dem Niederrhein unbedingt fernzuhalten.

Ein Edwin Bieltz aus Züllichau läßt unseren Filialkassierer un-aufgefordert Nachnahmeforderungen zugehen. Das einmal sind es Klebemittel und das anderemal Heilkräuter. Wir möchten hierdurch auf die Angehörigkeit dieser Geschäftspraxis hinweisen, und eruchen die Annahme dieser Nachnahmeforderung zu verweigern. Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Gau Hannover. Lauenstein. V: Karl Maedchen, Lauenstein i. S. K: Heinrich Binder, Lauenstein i. S.

Gau Cassel. Eschwege. K: Ernst Gerlach, Luisenstraße 12. Hoheneiche. V: Martha Sennhenn, Röhrda Post Datterode, Kr. Eschwege, Ditterstal Nr. 125.

Ohdruf. V u. K: Rüdiger, Waldstr. 136. Alle Sendungen an Bieltz.

Sohligen. V: Heinrich Fetzthöher, Sohligen b. Ustar, Thelphplatz 28. K: Eduard Herze, jun., Sohligen b. Ustar, Schulstraße 49.

Gau Barmen. Dülmen. K: August Büttmann, Dortmundstraße 9.

Gau Augsburg. K u. M b. A. K: Adolf Drechsel, Spitalgasse 9.

Lauingen. Alle Sendungen an: Josef Hammalefer, Donaustraße 16.

Kaila ist mit Hof verschmolzen.

Gau Dresden. Kleinolbersdorf. V: Martin Bemann, Kleinolbersdorf Nr. 13. K: Willy Sehm, Kleinolbersdorf Nr. 18.

Gau Berlin. Neudamm. Alle Sendungen an Richard Meyer.

Verlorene Mitgliedsbücher.

Das Mitgliedsbuch des untenstehenden Kollegen Paul May Raden, geb. am 27. Nov. 1895 in Cunersdorf b. Annaberg i. S., Stoffdrucker, eingetreten am 25. Februar 1922, übergetreten am 10. April 1922 in Penig i. S., Buchnummer 1447 933, ist verloren gegangen. Wir bitten dasselbe bei seinem etwaigen Auftauchen einzuziehen und an die Filiale Lunzenau a. M. einzuliefern.

Das Mitglied Rudolf Hoffmann, geb. am 16. September 1897 in Falken, Kreis Mühlhausen, in den Verband eingetreten am 3. August 1922 in Bielefeld, Buchnummer 1505 450, war Beitragskassierer in der Filiale Bielefeld und ist ohne mit dem Driskassierer abgerechnet zu haben, unter Mitnahme von Beitragsmarken und Geld, nach unbekannt abgereist. Wir ersuchen beim Auftauchen desselben uns von dem Aufenthalt in Kenntnis zu setzen. Etwaige Marken und Verbandsbuch sind ihm abzunehmen.

Filiale Bielefeld.